



II - 7343 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesminister für Gesundheit
und öffentlicher Dienst
DR. FRANZ LÖSCHNAK

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1
Tel. (0222) 66 15/0
DVR: 0000019

Z1. 353.260/55-I/6/87

An den
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Leopold GRATZ

Parlament
1017 W i e n

409 IAB

1987 -07- 10

zu 419 J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Stummvoll und Kollegen haben am 15. Mai 1987 unter der Nr. 419/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Zusammenhang zwischen Luftbelastung und höherer Sterblichkeit gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Ist Ihnen die Studie des Institutes für Umwelthygiene der Universität Wien bekannt?
2. Werden Sie veranlassen, daß auch in anderen österreichischen Städten z.B. in Linz, derartige Studien durchgeführt werden?
3. Welche Maßnahmen können Sie sich in Ihrem Bereich - eventuell in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie - vorstellen?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Die in Rede stehende Studie, die im Auftrag der Stadt Wien (MA 22) durchgeführt wurde, ist mir selbstverständlich bekannt. Die Ergebnisse dieser Studie werden auch neben anderen einschlägigen Arbeiten in der vom ehemaligen Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz beim Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen in Auftrag gegebenen Darstellung der Umweltsituation in Österreich (Umweltbericht) berücksichtigt.

- 2 -

Zu Frage 2:

Studien über den Gesundheitszustand der österreichischen Bevölkerung im Zusammenhang mit Umweltbelastungen wurden bisher von einigen Ländern und Landeshauptstädten veranlaßt. So gibt es verschiedene Zentren, die sich schon seit längerem mit umweltbezogenen Lungen-Untersuchungen verschiedener Bevölkerungsgruppen befassen. Hier wären insbesondere das Gesundheitsamt der Stadt Wien, die Lungenabteilung des Krankenhauses Lainz, die pulmologische Abteilung des Krankenhauses der Elisabethinen in Linz, welche in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft "Lunge - Umwelt - Arbeitsmedizin" steht, das Hygieneinstitut in Innsbruck sowie das Hygiene-Institut der Universität Graz anzuführen.

Die Ergebnisse sowohl dieser als auch der vom Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie in Auftrag gegebenen Studien werden selbstverständlich dem Bundeskanzleramt zur Verfügung gestellt und - wie ich bereits in Beantwortung von Frage 1 ausgeführt habe - im Umweltbericht des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen berücksichtigt.

Sollten zusätzlich noch ergänzende Studien erforderlich sein, werde ich diese nach Maßgabe der mir zur Verfügung stehenden Mittel veranlassen.

Zu Frage 3:

Gerade wegen der mannigfaltigen Umwelteinflüsse auf die Gesundheit sieht auf meine Initiative hin die derzeit in parlamentarischer Behandlung befindliche Novelle zum Gesetz über die Errichtung eines Fonds "Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen" vor, daß nunmehr auch ein Vertreter des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie in das Kuratorium dieses Fonds bestellt wird. Dadurch wird die Voraussetzung dafür geschaffen, daß ressortübergreifende Themenbereiche bei Bedarf auch in Hinkunft in gemeinsamer Forschungsarbeit behandelt werden.

Heinz J. A.